Nation" zu erreichen, daß sich die ganze Welt vereinigt, gegen die „Barbarei" zu [illegible]

Einschleppung der Schlafkrankheit

Basel, 24. Februar. Die Presseinformation meldet aus Paris: Beim Obersten Rat ist ein Antrag von neutraler Seite auf Zurückziehung aller afrikanischen Truppen aus Europa eingegangen mit der Begründung, daß der berechtigte Verdacht bestehe, daß durch die Verwendung der afrikanischen Streitkräfte eine erhöhte Einschleppungsgefahr der Schlafkrankheit bestehe.

„Daily Mail" meldet, daß die Schlafkrankheit in 14 englischen Städten epidemisch auftrete und bisher 34 Todesopfer gefordert habe. Zum ersten Male treten mehrere englische Blätter für eine Zurückziehung der französischen Kolonialtruppen aus dem Rheingebiet ein. Es bestätigt sich auch, daß unter den französischen und englischen Besatzungstruppen die Schlafkrankheit in bedenklicher Weise um sich greift.

Vor den Londoner Verhandlungen.

Paris, 25. Februar. (Drahtb.) Nach einer Meldung des „Temps" aus London soll Lloyd George einigen Delegierten erklärt haben, die Verhandlungen über die Reparation würden jedenfalls 14 Tage dauern. Denn er wolle, daß sie diesmal zu Ende geführt werden.

Foch nach London berufen.

Paris, 25. Februar. Nach dem Havasbericht hat die Londoner Konferenz beschlossen, den Marschall Foch anzuhören. Aus diesem Grunde hat Briand an Foch telegraphiert, heute nach London zu kommen. Havas glaubt, diese Aufforderung dem Wunsche der Alliierten zuschreiben zu sollen, für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein.

Briand droht mit Gewalt.

London, 25. Februar. Briand erklärte einem Vertreter des Reuterschen Büros, nachdem er sich über den bisherigen Verlauf der Konferenz und über die englisch-französischen Beziehungen geäußert hatte, über die Reparationsfrage: Bevor diese Frage geregelt ist, wird in der ganzen Welt Unruhe herrschen. Wir sind gekommen, um Deutschlands Gegenvorschläge anzuhören. Frankreich hat in dem zu Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war. Es ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland nichts in seiner Börse hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können. Will Deutschland das nicht tun, dann müssen wir ihm die Börse mit Gewalt öffnen.

Keine Verschiebung der Umbildung des Reichskabinetts.

Berlin, 26. Februar. (Drahtb.) Der Hauptvorstand der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei hat sich in gemeinsamer Sitzung mit der Anregung der Deutschen Volkspartei befaßt, die Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen zu vertagen. Es wurde einstimmig eine Antwort beschlossen, in der die Deutschnationale Volkspartei den alsbaldigen Eintritt in die Besprechungen vorschlägt, weil sie die in der Londoner Konferenz liegende Gefahr für so unmittelbar drohend ansieht, daß die Vorkehrungen für die angestrebte nationale Einheitsfront nicht länger aufgeschoben werden können. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei beschloß dem „B. T." zufolge, bei der Regierungsbildung dem Grundsatz der Homogenität zwischen den Regierungen im Reiche und in Preußen zuzustimmen.

Das Steuerrecht der Religionsgesellschaften vor dem Landtag.

Dresden, 25. Februar. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtages stand ein Gesetzentwurf über das Steuerrecht der öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften.

Kultusminister Fleißner wies darauf hin, daß von der allgemeinen neuen Regelung der Steuerverhältnisse auch die Kirchensteuer-Gesetzgebung nicht unberührt bleibt und mit den neuen Reichs- und Landessteuergesetzen in Einklang gebracht werden müsse. Das Kirchensteuergesetz vom 11. Juli 1913 müsse in der Hauptsache aufgehoben werden. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften nur ihre Mitglieder besteuern können, und daß daher eine Besteuerung der in § des Körperschaftssteuergesetzes vom 30. März 1920 bezeichneten Steuerpflichtigen von vorherein auszuschalten habe. Die von den Religionsgesellschaften gewünschten Zuschläge zur Körperschafts-, Grund- und Grunderwerbssteuer seien also abzulehnen und nur Zuschläge zur Einkommen- und Zusatzsteuer gestattet. Der Höchstzuschlag sei 10 v. H., in Ausnahmefällen nur bis 15 v. H. auszudehnen.

In der Aussprache traten die beiden sozialistischen Regierungsparteien für den Entwurf ein. Der Sprecher der Deutschnationalen übte an dem Entwurf derbe Kritik. Der Staat habe nicht das Recht, die Kirche in der Wahl ihrer Steuermittel einzuschränken, die Rechte der Kirche seien in der Verfassung verankert. Mit dem Gesetzentwurf wolle man nur die Kirchenaustrittsbewegung fördern. Im gleichen Sinne sprachen sich die Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokraten aus. Schließlich wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung am Dienstag.

In der Sitzung am Donnerstag

wurde der Nachtrag zum Haushaltplan beraten.

Der Finanzminister Heldt stellte fest, daß die Pariser Beschlüsse die Hoffnung, daß unsere Gegner Rücksicht auf unsere Leistungsfähigkeit nehmen würden, gründlich zerstört haben, und deshalb zu hoffen sei, daß die deutsche Regierung diesen maßlosen Forderungen nach wie vor ein entschiedenes „Nein" entgegenstellen werde.

Der Minister gab dann die schon mitgeteilten Zahlen des Nachtrags-Etats wieder. Nachdem von allen Parteien die Notwendigkeit, wirtschaftlich mit den öffentlichen Mitteln zu wirtschaften, betont worden war, wurde der Nachtragsetat an den Finanzausschüsse A und B verwiesen.

Weiter wurde noch das Gesetz, betreffend die Änderung der [illegible] und ein weiterer Gesetzentwurf über die Entschädigung für [illegible] u. Nichtmarktverkehrsverbot wegen an Geflügelpest [illegible] Rindvieh an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Neue Gesetzentwürfe.

Dresden, 25. Februar. (St. L.) Das Gesamtministerium hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, folgende Gesetzentwürfe dem Landtag vorzulegen: 1) den Entwurf eines Staatsbankgesetzes, 2) den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schlachtsteuer, sowie der Übergangsabgabe vom zollvereinsländischen Fleischwert und der Verbrauchsabgabe von zollvereinsausländischem Fleischwert, 3) den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Anmeldung an die Polizeibehörden zur Bekämpfung der Konkubinate, 4) den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Maulwurfs.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurde am Donnerstag die Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministers fortgesetzt und am Freitag zu Ende geführt. Der deutschnationale Antrag auf Gewinnbeteiligung wird abgelehnt, der gemeinsame Antrag aller Parteien auf gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Hausangestellten und ein unabhängiger Antrag auf gesetzlichen Urlaubsanspruch für alle Arbeitnehmer werden angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Reichswochenhilfe und dann der Rest des Etats.

Die Resolution für die Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland ist vom nordamerikanischen Kongreß in erster Lesung angenommen worden.

Das französisch-polnische Bündnis ist unterzeichnet worden. Nach englischer Auffassung richtet sich das polnisch-französische Bündnis gegen Deutschland.

Neues aus aller Welt

— **Ein unerhörtes Verbrechen** ist in der Nacht zum Freitag an der Ruhestätte der ermordeten Schloßherrin von Kleppelsdorf, Dorothea Rohrbeck, (über deren geheimnisvolle Ermordung wir bereits berichteten) verübt worden. Wie der „Schlesischen Gebirgsztg." gemeldet wird, wurde das frische Grab auf dem Friedhof in Lützen aufgegraben und der Sarg am Kopfende zertrümmert. Das Kissen, auf dem der Kopf der Ermordeten ruhte, fand man morgens auf dem Grabe vor. Ob eine Beraubung vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

— **Einer der amerikanischen Farmersöhne gestorben.** Die amerikanischen Farmersöhne, die den ersten Transport amerikanischer Milchkühe nach Deutschland brachten und vor einigen Tagen Frankfurt besuchten, haben durch den Tod eines Teilnehmers an der Fahrt, Romens Wolff, der unterwegs erkrankt war und trotz sorgsamster Pflege nunmehr in Frankfurt gestorben ist, einen schmerzlichen Verlust erlitten. Die Beerdigung des jungen Mannes wird unter Teilnahme einer amerikanischen Vertretung aus Berlin, von Vertretern der Stadt Frankfurt, des Roten Kreuzes, der Zentrale für private Fürsorge, der Kreisbauernschaft, des Landwirtschaftlichen Vereins usw. stattfinden.

— **Explosion auf einem Straßenbahnwagen.** In New York explodierte bei einem Zusammenstoß von zwei Straßenbahnwagen ein großer auf der Plattform eines Wagens stehender Benzinbehälter. Durch den entstandenen Brand wurden acht Personen, darunter mehrere Kinder, getötet und 27 verwundet.

Aus Sachsen.

Dresden, 26. Februar. **Hofrat Rosenthal,** der in die bekannte Getreideschieberangelegenheit verwickelt ist, ist am Freitag nach Dresden ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er war Wochen hindurch in Sarow von zwei Dresdner Kriminalbeamten ständig bewacht worden. Den Transport hatte die Dresdner Feuerwehr übernommen, die zu diesem Zwecke einen Krankentransport-Kraftwagen gestellt hatte. Rosenthal ist bekanntlich nieren- und zuckerleidend.

Leipzig, 26. Februar. **Die Leipziger Fleischverteilungsstelle** sollte durch gefälschte Duplikatfrachtbriefe und falsche Manipulationen von einem Schwindler namens Lütteckens, der durch die Duisburger Strafkammer zu 2½ Jahren Zuchthaus kürzlich verurteilt worden ist, um 643 000 ℳ geschädigt worden sein. Dazu wird amtlich mitgeteilt: Die Mitteilung kann den Anschein erwecken, als sei die Stadt durch betrügerische Handlungen des Angeklagten Lütteckens usw. um 643 000 ℳ geschädigt worden. Hierzu ist festzustellen, daß die Stadt Leipzig mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat, daß dabei vielmehr lediglich die Leipziger Vereinigung zur Talg- und Fettverwertung, e. G. m. b. H., in Frage kommt. Die Leitung der Genossenschaft hat auf Anfrage mitgeteilt, es bestehe Hoffnung, daß die Genossenschaft ohne nennenswerten Schaden aus der Angelegenheit hervorgehen werde.

Aus der Oberlausitz

Bischofswerda, 26. Februar.

—* **Einkommen- und Kapitalertragsteuerveranlagung.** Das Finanzamt schreibt uns: Die erstmalige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer und zur Kapitalertragsteuer bringt den Steuerpflichtigen zunächst die Pflicht zur Aufstellung von Steuererklärungen, deren Abgabe in der heutigen „Öffentlichen Aufforderung" verlangt wird. Jedermann wird empfohlen, diese Aufforderung und die Vordrucke für die Steuererklärung genau zu lesen und die Steuererklärung bis zum 31. März 1921 bei dem Stadtrat, der Gemeinde oder dem Finanzamt einzureichen. Viele Fragen sind in die Steuererklärungen nur im Interesse der Steuerpflichtigen aufgenommen worden. Ihre Nichtbeantwortung setzt die Steuerpflichtigen der Gefahr aus, zu hoch besteuert zu werden, oder das mit Kosten verbundene Rechtsmittel einlegen zu müssen. Wer seine Steuererklärung nicht oder nicht rechtzeitig einreicht, setzt sich erheblichen Geldstrafen aus, auch kann ihm ein Zuschlag zur Steuer auferlegt werden. Des weiteren wird allen Arbeitgebern usw. dringend empfohlen, die Einkommensnachweise über die Bezüge ihrer Arbeiter, Angestellten usw. nunmehr einzureichen. Die Frist zur Einreichung der Einkommensnachweise läuft bereits am 28. Februar 1921 ab.

—* [illegible] Das [illegible] Amtshauptmannschaft entgegengenommen. Es hat [illegible] jüdischen [illegible] in den [illegible] Stadt und zwar [illegible] (Bahnhofstraße) vorgesehen worden. Sprechstunden werden vom [illegible] Sprechstunden, in denen namentlich die Einkommensteuerangelegenheiten erledigt werden, nur jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 2 bis 5 Uhr abgehalten werden. — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß in jeder jeden Mittwoch stattfindenden Mütterberatungs- und Säuglingswiegestunden beim Fürsorgearzt, Herr Dr. med. Böhme, kranke Kinder einer ärztlichen Behandlung nicht unterzogen werden.

—* **Denkmalsfrage.** In der letzten Versammlung des Gesamtausschusses unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Kühn wurde die Organisation für die Durchführung der Denkmalsfrage besprochen und beraten. Hierbei wurden Unterausschüsse (Arbeitsausschuß, Finanzausschuß und Pressausschuß) gebildet, die ihren Vorsitzenden selbst ernennen und das Recht haben, sich durch Zuziehung geeigneter Personen zu erweitern. Die Vorsitzenden dieser Unterausschüsse bilden den „geschäftsführenden Ausschuß", in dessen Schoß die Fäden der Unterausschüsse zusammenlaufen und der im wesentlichen die Durchführung der Denkmalsfrage leitet. Die Mitglieder der 3 Unterausschüsse bilden zusammen mit dem in der Versammlung vom 29. Januar 1921 gewählten, den Unterausschüssen nicht angehörenden Herren den „Gesamtausschuß", der von Zeit zu Zeit — beim Vorliegen besonders wichtiger Fragen — zu einer Tagung zusammentritt. Vorsitzender des „geschäftsführenden Ausschusses" und des „Gesamtausschusses" ist Herr Bürgermeister Dr. Kühn, Schriftführer dieser beiden Ausschüsse Herr Bürgermeister Bilz. Die Unterausschüsse werden unverzüglich ihre Tätigkeit aufnehmen.

—L. **Der Verein der Klein- und Mittelrentner** hier hielt gestern nachmittag im Schützenhause eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die von 70 Mitgliedern besucht war. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Herrn Pf. am. Lange und ehrenden Gedenken dreier heimgegangener Mitglieder, hielt derselbe einen eingehenden Vortrag: „Was wir erreicht haben und was wir erstreben". Er zeigte, wie viel bereits bei dem Reichsnotopfer, der Reichseinkommen- und Kapitalertragssteuer für Klein- und Mittelrentner erreicht worden ist. Er wies sodann auf eine ganze Fülle wirtschaftlicher Erleichterungen hin, die durch freundliches Entgegenkommen des hiesigen Stadtrats, der Herren Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Apothekenbesitzers und verschiedenen Geschäftsleuten für die Mitglieder erzielt worden sind. Es wurde der Beschluß gefaßt, jeden ersten Mittwoch im Monat nachmittags 4 Uhr im Schützenhause zusammenzukommen, wo Besprechungen und Bestellungen auf gemeinsam zu beziehende Waren stattfinden sollen. In einem zweiten Teil des Vortrags wurde gezeigt, was wir erstreben: Wegfall der Kapitalertragsteuer für Kleinrentner, Erhöhung des steuerfreibleibenden Teils vom Einkommen und vor allem Anerkennung der Goldaufwertung für die staatlichen Wertpapiere und für vor dem Kriege ausgeliehene Hypotheken u. a. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Da das staatlich festgestellte Existenzminimum 7500 ℳ beträgt, wurden alle diejenigen, mit einem Einkommen unter dieser Summe als besonders bedürftig bezeichnet. Es wird nun gehofft, daß insbesondere die wirtschaftlichen Erleichterungen dem Verein recht viele neue Mitglieder zuführen werden. Anmeldungen sind an den Vorsitzenden oder an den Schatzmeister Herrn Kaufmann Braune zu richten. Der Jahresbeitrag ist auf 5 ℳ festgesetzt worden. Die nächste Zusammenkunft findet Mittwoch, den 2. März, statt.

1. **Der Turnverein Bischofswerda** beginnt morgen sein diesjähriges Spieljahr mit Neuaufstellung der Spielabteilung unter gleichzeitiger Einteilung der verschiedenen Spielmannschaften im Faustball und Handball. Die Faustballmannschaften werden in mehrere Fertigkeitsklassen eingeteilt, von denen die beiden besten ein Gesellschaftsspiel nach der Einteilung vorführen. Der Verein hat auch in diesem Jahre das Faustballspiel als erstes wiedergewählt, weil es den Turnern das bekannteste Spiel ist, jedermann leicht erlernen kann und als Leibesübung für Jugendliche, für Männer und Frauen das bekömmlichste Spiel ist, daß den Körper zur Tüchtigkeit heranbildet, Kraft und Energie stählt und auf Widerstandsfähigkeit erprobt. Wie in größeren Städten die Jugendpflege von den Turnvereinen gefördert wird, so hat sich auch der Verein in diesem Jahre das Ziel gesetzt, der hiesigen Jugend mit allen Kräften und verfügbaren Mitteln zur Seite zu stehen und die Entwicklung des Körpers durch Leibesübung aufs höchste zu fördern. Drum auf ihr Jugendlichen, ihr Männer, Frauen und Mädchen, aus allen Ständen, unterstützt diese volksbildliche Bewegung und tretet ein in die Reihen der deutschen Turnerschaft. Aber auch die Erwachsenen bis in hohe Altersstufen hinauf, mögen sich wieder einmal sagen lassen, daß auch für sie geregelte, ihrem Alter angemessene Leibesübungen zu einem Jungbrunnen werden können.

—* **Zu dem öffentlichen Theaterabend der Feuerwehr** am 1. Osterfeiertag im Schützenhaus wird von den Darstellern bereits fleißig geübt. Das 4aktige Volksschauspiel „Im Strohkranz" versetzt uns in die Zeit des siebenjährigen Krieges in das Jahr 1759. Besonders der 3. Akt bietet ein historisch getreues Bild jener Zeit, der Dorfgerichtsbarkeit in einem südlausitzer Dorfe, das teils dem Kloster Marienthal, teils der Sechsstadt Zittau untertan war. Der Aufführung wird in den weitesten Kreisen mit Interesse entgegengesehen. Die Eintrittspreise sind sehr mäßig gehalten, um Jedermann den Besuch zu ermöglichen. Der Vorverkauf, den die Herren Bruno Große und Clemens Böhnert freundlichst übernommen haben, beginnt am 1. März. Es dürfte empfehlenswert sein, sich rechtzeitig mit den gewünschten Plätzen zu versorgen.

—* **Versorgungssprechtage.** Vom Versorgungsamt Bautzen wird uns geschrieben: Donnerstag, den 3. März, von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. findet in Kamenz in dem Bezirksamt für Kriegerfürsorge Versorgungssprechtag statt, desgleichen Donnerstag, den 10. März, von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. in Königsbrück im Versorgungslazarett. Versorgungsberechtigte können an diesen Tagen jede Auskunft in Versorgungssachen persönlich erhalten oder Anträge stellen. Es empfiehlt sich, einige Tage vorher den Grund des beabsichtigten Antrages [illegible]